Vertragsänderung beantragt und darüber mit der VVEAB — pfl. — eine Übereinstimmung nicht erzielt hat. Die Entscheidungen des Landrates/Oberbürgermeisters unterliegen dem für die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei der Pflichtablieferung geltenden Beschwerdeverfahren.

§ 5

Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik kann im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission die vertraglich vereinbarten Mengen bzw. das Ablieferungssoll bei Unwetterschäden oder sonstigen Notständen — unter Berücksichtigung der Schadensfeststellungen der Versicherungsanstalten — in einzelnen Fällen ermäßigen.

§ 6

Die ablieferungspflichtigen Wirtschaften sind berechtigt, das aus dem Vor-, Zwischen- und Nachfruchtanbau sowie das nach der monatlichen Erfüllung des Vertrages verbleibende Gemüse auf freien Märkten zu frei sich bildenden Preisen an die Verbraucher oder an die Aufkaufbetriebe der VVEAB — pfl. — zu verkaufen.

§ 7

Das Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik hat im Einvernehmen mit dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik Maßnahmen zu treffen,

1. daß die Handelsorganisation (HO), die Konsumgenossenschaften und der private Handel zur Deckung des Bedarfes der Bevölkerung an Frischgemüse sowie die gemüseverarbeitenden Betriebe zur Herstellung ihrer Erzeugnisse mit der VVEAB - pfl. - Kaufverträge abschließen, worin sich die Betriebe und die Handelsorgane zu dem festgelegten Termin zur Abnahme der im Vertrag vereinbarten Mengen verpflichten;
2. daß die Handelsorgane die von ihnen erworbenen Gemüsemengen an die Bevölkerung so verteilen, daß der gesamte Bedarf laufend ohne Stockungen im Rahmen der Versorgungspläne befriedigt wird;
3. daß die Handelsorganisation (HO) und die Konsumgenossenschaften zu diesem Zwecke das Netz der Verteilungsstellen erweitern und auf den freien Märkten in Städten und Gemeinden eine genügende Anzahl von Verkaufsständen errichten.

§ 8

Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik hat eine laufende Überwachung des Abschlusses der Verträge und des Aufkaufs und das Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik die Überwachung der Verteilung des Gemüses zu organisieren. Die Ministerpräsidenten der Länder sind dafür verantwortlich, daß die Planmengen der Länder aufgebracht werden.

§ 9

Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erläßt das Staatssekretariat für Erfassung und

Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik, sofern es sich um die vertragliche Ablieferung und den Aufkauf, das Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik, sofern es sich um die Verteilung des Gemüses handelt.

§ 10

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung und ihre Durchführungsbestimmungen sind, wenn nicht nach anderen Bestimmungen höhere Strafen verwirklicht sind, nach § 9 der Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. September 1948 (ZVOBl. S. 439) zu bestrafen.

§ II

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 23. November 1950

**Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik**

I. V.: Ulbricht

Stellvertreter des Ministerpräsidenten

**Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse**

Streit

Staatssekretär

**Anordnung
über die Herabsetzung der Punktwerte
für Textil- und Schuhwaren.**

Vom 4. November 1950

In Durchführung des Gesetzes vom 20. Januar 1950 über den Volks wirtschaftsplan 1950 (GBl. S. 41) wird zur Erleichterung der Einkaufsbedingungen für die Bevölkerung bestimmt:

§ 1

Die Punktwerte für folgende Textil- und Schuhwaren sind um die Hälfte herabzusetzen:

- Oberbekleidung jeder Art,
- Oberstoffe für Bekleidung,
- Schlafdecken,
- Damenstrümpfe aus Kunstseide und Seide,
- II. Wahl,
- Schuhwaren, mit Ausnahme von Lederschuh.

§ 2

Die Punktwerte für Pelzbekleidung sind um mindestens 20 Prozent zu ermäßigen.

§ 3

Nähgarne aus Zellwolle und Kunstseide, Stopfgarne und Stopftwist sind punktfrei zu verkaufen.

§ 4

Richtlinien zu dieser Anordnung erläßt das Ministerium für Handel und Versorgung.

§ 5

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 9. November 1950 in Kraft.

Berlin, den 4. November 1950

Ministerium für Handel und Versorgung

Dr. Hamann
Minister

Ministerium für Planung

I. V.: Leuschner
Staatssekretär